

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Perspektiven der Bewegungsforschung

Fragestellungen • Anregungen • Kritiken



Schüren

Zur Geschichte der Bewegungsforschung

Einführung

Bewegungsforschung als eigenständige politikwissenschaftliche und soziologische Analyse sozialer Bewegungen kann in der Bundesrepublik auf eine bestenfalls 10-15jährige Geschichte zurückblicken. Auf mindestens 150 Jahre rechnet sich dagegen die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Komplex sozialer Bewegungen. Diese sehr lebhaft Auseinandersetzung hatte allerdings in der Nachkriegszeit bis weit in die 70er Jahre hinein eine merkliche Abkühlung erfahren. Die ältere Tradition vorzustellen, die Ursachen des partiellen Traditionsbruchs zu erkunden und die untergründigen Verbindungslinien in der Forschung über soziale Bewegungen sichtbar zu machen, ist die Absicht einer neuen Rubrik des Forschungsjournals. Unter dem Titel

Bibliothek - Zur Geschichte der Bewegungsforschung

sollen fortan in lockerer Folge einzelne SozialwissenschaftlerInnen und ihre Analysen sozialer Bewegungen portraitiert und bestimmte Phasen sowie Entwicklungsstränge der Bewegungsforschung vorgestellt werden. Jenseits der bloßen Aufarbeitung der wissenschaftlichen Vergangenheit verfolgt die Rubrik die wissen(schafts)soziologische Zielsetzung, jene oft erst im weiten zeitlichen Abstand sichtbaren Bindungen aufzuspüren, die theoretische Konzepte und wissenschaftliche Urteile an ihr Objekt - die jeweiligen Formen sozialer Bewegungen, deren politisches Umfeld und deren gesellschaftlich dominierende Interpretation - fesseln. Nicht zuletzt ist die Rubrik auch von der Hoffnung getragen, daß sich bei einer genaueren Aufarbeitung vergangener Forschung auch heute noch Relevantes entdecken ließe: Die Konfrontation des Neuen mit dem Alten muß keineswegs immer zum Urteil gelangen, daß man doch heute viel weiter sei. Das Spektrum der präsentierten Forschungen und AutorInnen soll von den Anfängen

der Sozialwissenschaft bei Lorenz von Stein über die Bewegungsanalysen im Umfeld der Arbeiterbewegung bis hin zu politikwissenschaftlichen Arbeiten der frühen 60er Jahre reichen - mit einem deutlichen Schwerpunkt bei der Sozialwissenschaft des frühen 20. Jahrhunderts und der Weimarer Republik (z.B. Emil Lederer, Theodor Geiger, Robert Michels, Rosa Mayreder, Ferdinand Tönnies, Rudolf Heberle, Mathilde Vaerting, Eduard Heimann, Marianne und Max Weber, Werner Sombart). Die frühe amerikanische Bewegungsforschung bei Robert E. Park soll ebenso präsentiert werden wie italienische und französische Untersuchungen zu einer Massenpsychologie bzw. -soziologie der sozialen Bewegungen.

Die Rubrik wird eröffnet mit einem Beitrag von *Hubertus Buchstein* über "Soziale Bewegungen als Thema der westdeutschen Nachkriegspolitologie". Buchstein versucht Gründe für die nicht anders denn als "Vernachlässigung" zu bezeichnende Haltung gegenüber sozialen Bewegungen in dieser Zeit auffindig zu machen, verweist aber auch auf einen Begründer der bundesdeutschen Politologie, der sich Bewegungen nicht in diesem Maße verschlossen hat: *Ossip K. Flechtheim*. In den folgenden Heften finden sich voraussichtlich Darstellungen zur Bewegungsanalyse bei *Rosa Mayreder*, *Alfred Weber* und *Lorenz von Stein*.

Um diese Reihe fortzusetzen, ist die Mitarbeit der LeserInnen, sei es in Form derartiger Beiträgen oder auch durch Hinweise auf Vergessenes, Vernachlässigtes und Verschollenes in der Erforschung sozialer Bewegungen, natürlich äußerst willkommen und gewünscht. Interessenten bitten wir um Kontaktaufnahme mit dem Koordinator der Rubrik, *Frank Nullmeier*:

Frank Nullmeier, Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft, Allende-Platz 1, 2000 Hamburg 13; die redaktionelle Koordination liegt bei *Ansgar Klein*, Mahlower Straße 25/26, 1000 Berlin 44.

Soziale Bewegungen als Thema der westdeutschen Nachkriegspolitologie

1.

Im Unterschied zu den USA sind in der Bundesrepublik Soziale Bewegungen ein noch vergleichsweise junger Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft. Wenn sich in den Jahren, die als Zeitraum der westdeutschen Nachkriegspolitologie gelten - also der Jahre 1949-1965 - überhaupt mit ihnen befaßt wurde, dann geschah dies auf drei Wegen: zum einen als Teil der Ideengeschichtsschreibung, zum zweiten als Teil der Untersuchung totalitärer Systeme oder drittens in der Konzentration auf die Arbeiterbewegung. Soziale Bewegungen in anderen Ländern waren ebenso wie die Kampagnen gegen die Wiederbewaffnung oder die Anti-Atom-Tod-Bewegung im eigenen Land kein Anlaß der westdeutschen Politikwissenschaft, sich den Sozialen Bewegungen als eigenständige "kollektive Akteure in einem politischen Handlungsfeld" (*Nullmeier/Raschke* 1989:249) zu widmen. Auffallend ist im Gegenteil, daß selbst die meisten der Nachkriegspolitologen, deren politische und wissenschaftliche Biographie während der Weimarer Republik eng mit der klassischen Sozialen Bewegung 'Arbeiterbewegung' verbunden gewesen war, Soziale Bewegung nach 1945 nun nicht mehr als eine relevante Kategorie der politologischen Analyse Westlicher Demokratien gebrauchten.

Doch vielleicht wäre dies etwas zuviel verlangt, denn terminologische, politische wie empirische Gründe machen diese Lücke zumindest nachvollziehbar. Zum einen mochte es schon terminologisch für die von der nationalsozialistischen Bewegungssemantik leidgeprüften Politologen wenig Sinn machen, nun ihrerseits den Terminus 'Bewegung' für die Auszeichnung politisch wünschenswerter Phänomene zu verwenden; zum zweiten gab es politische Vorbehalte, dabei beispielsweise die beiden gerade genannten Bewegungen der fünfziger und frühen sechziger Jahre sich in der Öffentlichkeit nie so recht von dem Verdacht

freimachen konnten, in ihren Zielen und Ressourcen von stalinistischen Kadergruppen gesteuert zu werden; und drittens schließlich verweist das Attribut 'Neue' ja gerade auf den empirischen Befund, daß Soziale Bewegungen erst seit dem Aufkommen der Studentenbewegung Mitte der sechziger Jahre und später der Ökologiebewegung die politische Bühne in lautstärkerer Form als in den Nachkriegsjahren betreten haben.

Will man überhaupt etwas zur Thematisierung Sozialer Bewegungen seitens der Nachkriegspolitologie sagen, muß die Frage von vorneherein systematischer gefaßt werden: Welche Begriffe gab es und welche Optionen waren es, mit denen die Gründungs-politologen solche politischen Phänomene beschrieben und beurteilten, die erstens konträr standen zur autoritär-etatistischen Eingliederung der Bevölkerung in ein politisches System und die zweitens auch über das Konzept der politischen Beteiligung über Parteien hinausgingen.

Das ebenso entscheidende wie umstrittene Stichwort hierfür lautete in der politologischen Fachdiskussion der fünfziger und frühen sechziger Jahre 'Verband' bzw. 'Interessengruppe'. Die Kritiker des Verbändewesens argumentierten meist in der staatsrechtlichen Tradition des Etatismus, derzufolge die Existenz eines pluralistischen Interessengruppensystems die notwendige Souveränität des Staates aushöle. Unter denjenigen, die die "Herrschaft der Verbände" unter Gefährdungsverdacht stellten, waren aber nicht nur Juristen, sondern auch manche Politologen. Nach *Theodor Eschenburg* beispielsweise bedrohten die "Gruppenegoismen" der Verbände die notwendige "Staatsautorität" und untergruben so die Bedingungen der Möglichkeit politischen Konsenses in der Demokratie. Eschenburg setzte demgegenüber auf eine unabhängige Beamtenschaft, der er am ehesten sachlich qualifizierte Entscheidungen zutraute

(Eschenburg 1956). Daß in einem solchen normativen Entwurf des politischen Systems kein Raum für Soziale Bewegungen war, verwundert nicht.

Gegen dieses rigide institutionalistische wie wirklichkeitsfremde Modell formulierten die politikwissenschaftlichen Anhänger der Pluralismustheorie ihre Einwände. Für sie war schon der Frageansatz Eschenburgs verfehlt. Ging es diesem um die Auffindung und Realisierung einer vermeintlich 'sachlich richtigen' politischen Entscheidung, fragten die Pluralismustheoretiker zugleich nach den Bedingungen politischer Integration in die moderne Demokratie. Die Massendemokratie, so ihre Ausgangsüberlegung, läßt den einzelnen in einer politisch so ohnmächtigen Rolle, daß letztlich nur zwei politische Integrationsmöglichkeiten übrigbleiben: entweder die Identifikation mit einem totalitärem Herrschaftssystem, oder aber der Mut zum Risiko einer in unterschiedliche Interessengruppen aufgespaltenen civil society. Parteien, Öffentlichkeit und Parlament alleine, so das Argument der Pluralisten, stammten aus der liberaldemokratischen Aservatenkammer des 19. Jahrhunderts; für die moderne Massendemokratie gelte, daß diese traditionellen Medien weder bei der Problemwahrnehmung noch bei der Problemlösung und eben erst recht nicht bei der politischen Integration der Gesellschaft ausreichen.

Die ideale Ergänzung, die die Pluralisten dem politischen System des Liberalismus verschrieben, war ein Netzwerk konkurrierender Interessengruppen. Der deklarierten Norm des Grundgesetzes, daß die Parteien bei der Willensbildung des Volkes mitwirkten, entsprach ihnen zufolge die gleichbedeutende Mitwirkung von Interessengruppen in der Verfassungswirklichkeit. Den Verbänden kommt dabei eine Katalysatorfunktion zu: Als Organe der sozialen Selbstbestimmung sollen sie die verstreuten Individualinteressen bündeln und geltend machen.

2.

Längst nicht alle Gründungspolitologen teilten das theoretische Anliegen, die Aktivitäten von Interessengruppen im politischen System zu verteidigen. Zwar gab es nur Wenige unter ihnen, die so deutlich wie Eschenburg vor der Legitimierung des Verbandseinflusses warnten; aber weder von Arnold Bergstraesser, Dolf Sternberger, Eric Voegelin, Michael Freund, Sigfried Landshut oder Ferdinand Hermens

gibt es Arbeiten, in denen der politologische Blick wesentlich über die altliberalen Kernbereiche des politischen Institutionensystems hinausgeht. Anders die Pluralisten, von denen zuerst Ernst Fraenkel zu nennen ist, dessen Intentionen sich auch in den Arbeiten von Gert von Eynern, Franz L. Neumann, Otto Heinrich von der Gablentz, Otto Suhr oder Otto Stammer wiederfinden.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext die Beobachtung, daß die meisten frühen Protagonisten der bundesdeutschen Pluralismustheorie selbst aus einer Sozialen Bewegung entstammten: Dies gilt beispielsweise für Fraenkel, Stammer oder Neumann - um nur drei recht unterschiedliche Verfechter des Verbändepluralismus zu nennen. Alle drei entstammten der Erfahrungswelt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, in der sie teilweise hohe Funktionen inne hatten. Theoriebiographisch betrachtet hatte die bundesdeutsche Pluralismustheorie ihre Wurzeln nicht in der Kopie eines 'amerikanischen Vorbildes', sondern war die konsequente Auslegung des zu Weimarer Zeiten noch nicht hinreichend durchbuchstabilisierten Ansatzes der 'kollektiver Demokratie'. Kollektive Demokratie lautet der programmatische Titel des Anliegens des sozialdemokratischen Arbeits- und Verfassungsrechtlers Hugo Sinzheimer, mit dem er die rechtliche Anerkennung der Arbeiterbewegung in das politische System der Weimarer Republik durchsetzen wollte. Besonders am Beispiel der Entwicklung Fraenkels vom Weimarer Marxisten zum bundesrepublikanischen Neopluralisten läßt sich zeigen, wie kontinuierlich Sinzheimers Motive bei Fraenkel waren: die Rolle, die er in den zwanziger Jahren allein den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zugestanden wissen wollte, räumte er nun sämtlichen Interessengruppen ein (Göhler 1986). Zumindest für Deutschland gilt, daß die Pluralismustheorie Bestandteil der Ideengeschichte der Arbeiterbewegung als einer 'Alten' Sozialen Bewegung ist.

Mit der pluralistischen Transformation der Interessen und Erfahrungen der Arbeiterbewegung in das moderne politische Institutionensystem gingen allerdings auch bestimmte Gehalte, die für Soziale Bewegungen kennzeichnend sind, verloren. Am besten zeigen läßt sich diese Entwicklung im Werk des engagiertesten Pluralismustheoretikers, Ernst Fraen-

kel, ablesen. Noch während des Weltkrieges machte sich Fraenkel in der amerikanischen Emigration gutachterliche Gedanken über den politischen Neuaufbau eines vom Hitler-Regime befreiten Deutschlands und insbesondere über die zukünftige Organisation der Arbeiterschaft. Auch wenn Fraenkel die deutschen Arbeiter als im wesentlichen resistent gegen die NS-Ideologie geblieben lobte, fürchtete er doch irrationale Rückfälle für den Fall, daß es zu spontanen Massenbewegungen in der Arbeiterschaft komme. Bei spontanen Massenaktionen von Arbeitern, die der Demokratie mehrere Jahre lang entwöhnt waren, "werden unverantwortliche Demagogen auftreten, die zwar in der Lage sind, die Leidenschaften der Massen zu erregen, nicht aber, die konkreten, von ihnen angestrebten Ziele anzugeben" (Fraenkel 1944:297). Um dies zu verhindern, plädierte Fraenkel für einen abgestimmten Set an institutionellen Maßnahmen, mittels derer durchorganisierte Gewerkschaften aufgebaut werden sollten.

In den folgenden Jahren nimmt Fraenkel geradezu eine theoretische Domestizierung der wenigen Bewegungselemente vor, die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung noch verblieben waren. Um ihren Funktionen gerecht werden zu können, müssen Verbände laut Fraenkel mehrere Bedingungen erfüllen; an ihnen läßt sich ablesen, welche Eigenschaften Sozialer Bewegungen Fraenkel noch für kompatibel hält mit der modernen Demokratie und welche nicht. Bei allem Impuls 'von unten', den das Verbändesystem zusätzlich zum Parteiensystem institutionalisieren soll, müssen Verbände laut Fraenkel erstens ausreichend stark organisiert und ausreichend machtvoll sein, um die Aktivitäten ihrer Mitgliedschaft dirigieren zu können (1960:44). Sie müssen zweitens intern über klare Strukturen verfügen; demokratisch soll der Organisationsaufbau der Verbände deshalb sein, weil es ganz wesentlich den Verbänden zukommt, plebiszitäre Bedürfnisse der Bevölkerung aufzufangen (1958:151). Den Zielen von Verbänden ist drittens bei allem Zugeständnis partikularer Interessen insoweit Schranken gesetzt, als daß sie sich generell am Gemeinwohl orientieren sollen. Letzteres richtet Fraenkel pikanterweise ausgerechnet an die Adresse der Gewerkschaften; so will er nur solchen Gewerkschaften das Prädikat 'echt' zugestehen, die einer solchen Gemeinwohlorientierung vor-

behaltslos zustimmen (1960:44). Viertens mündet selbst Fraenkels voraussetzungsvolle Bestimmung einer idealen Rolle der Verbände in der parlamentarischen Demokratie in einer einschränkenden Funktionszuweisung. Bei aller Anerkennung der Funktion der Verbände und bei allem Kampf gegen die in Staatsrechtslehre und Teilen der Politikwissenschaft herrschenden und von ihm gescholtenen "Verbändeprüderie" mißt Fraenkel den Interessengruppen eine deutlich bescheidenere Rolle im politischen System zu, als den Parteien und dem Parlament. Verbände sind in ihren Aktivitäten eine Art Zuarbeiter des etablierten politischen Systems. Ihre Aktivitäten sind vor allem auf politische Parteien gerichtet, wobei der verdeckten Lobbytätigkeit eine herausragende Rolle zukommt. Die Interessengruppen sollen durch den Abschluß gegenseitiger Kompromisse im "Vorfeld" der politischen Entscheidung den Parteien und dem Parlament den Weg für die Formung des politischen Willens ebnen.

Die Verbände, so wie Fraenkel sie sich vorstellt, haben wenig gemein mit dem Bild der Aktivitäten von Bürgerinitiativen und Neuen Sozialen Bewegungen, wie sie die Bewegungsforschung der achtziger Jahre erstellt hat. Weder sind letztere intern hierarchisch durchorganisiert, noch sind ihre Hauptadressaten die politischen Parteien und das Parlament; und erst recht entsprechen ihre Aktionsformen nur teilweise der Norm, die Fraenkel für Verbändehandeln aufstellte.

Nicht nur die Defensive gegen den staatsrechtlichen Antipluralismus veranlaßte die pluralistischen Politologen zu solch rigiden Festschreibungen des Verbandshandels, sondern wohl eher die Identifizierung mit einem hierarchischen Organisationsideal, an welches sie sich aufgrund ihrer eigenen Herkunft aus der Arbeiterbewegung orientierten. An Otto Stammer, der sich mit Fraenkel ansonsten in wesentlichen Begründungsfragen der Demokratietheorie befandete, läßt sich diese Prägung vielleicht am deutlichsten illustrieren. Soziale Bewegungen thematisierte Stammer, anerkannter Gründungsvater der 'Politischen Soziologie' in der Bundesrepublik¹, in zwei Kontexten: einmal im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialistischen Bewegung und zum zweiten im Zusammenhang mit der Totalitarismusforschung. Was den Terminus 'Soziale Bewegung' betrifft, so

übernimmt Stammer den Begriff von Rudolf Heberle und definiert als Wesensmerkmal Sozialer Bewegungen die Orientierung "auf fundamentale Veränderung der sozialen Ordnung" (Stammer 1955c:305). Die "demokratisch-sozialistischen Parteien" sind mit einer Sozialen Bewegung "ideell und personell" verbunden gewesen und haben deshalb im Vergleich mit den anderen politischen Parteien mehr als "lediglich eng begrenzte augenblickliche politische Ziele". Folgt man Stammer, so gibt es eine feste Stufenfolge in der Entwicklung demokratischer Gesellschaften. Ihr Nebeneffekt ist, daß die Analyse Sozialer Bewegungen neueren Datums in den Kontext der Totalitarismusforschung rückt. Was die Stufenfolge betrifft, so erstreckte sich im Liberalismus des 19. Jahrhunderts Demokratie laut Stammer auf die politische Beteiligung plutokratischer Gruppen, Bildungsverbänden und Honorationen. Im Unterschied zu den "lockeren Cliquen" der liberalen Ära hat die moderne Massendemokratie ein Filtersystem fest organisierter Gruppen errichtet. Die moderne Entwicklung des Verbandswesens führt Stammer zufolge von selbständigen, spezialisierten Einzelverbänden zu umfassenden Organisationsgebilden vom Typus der Einheitsgewerkschaft und des Dachverbandes. Solche Verbandskombinate nehmen gleichsam als 'soziale Fronten' die Interessen ganzer Bevölkerungsgruppen wahr. Die "Organisation und der Zustand der Organisiertheit" so Stammer, "ist für unsere heutige Gesellschaft unausweichlich" (1955b:49). Seine Zumutungen an die freiwilligen Verbandsmitglieder klingen stellenweise fast schon soldatisch, wenn er etwa die Fähigkeit des Menschen propagiert, "eine Organisation zu betreiben und sich einem Organisationsgefüge, auf welcher Stufenleiter es auch sei, den Zwecken und dem Geist des Gebildes entsprechend zu verhalten" (1955a:114) - wobei man fairerweise hinzufügen muß, daß sich Stammer für eine Demokratisierung der Verbände durch föderale Strukturen und erweiterte Spielräume ehrenamtlicher Mitarbeit einsetzte (1953:104). Was die aktuelle Rolle Sozialer Bewegungen betrifft, so ist sie mit dem Strukturwandel Westlicher Demokratien zu einem Teil der Totalitarismusforschung geworden: "Die Zielsetzung einer Politisierung der Gesellschaft mit Hilfe eines Plansystems gesellschaftspolitischer Aktionen, die von den von R. Heberle genauer charakterisierten 'social

movements' betrieben wird, .. trifft für alle totalitären Herrschaftsgebilde zu" 1956:580). Stärker noch als bei Stammer findet sich bei dem politisch weiter links stehenden Wolfgang Abendroth das traditionssozialistische Ideal durchorganisierte sozialer Fronten - und zwar soweit, daß Abendroth die ersten aufkommenden Neuen Sozialen Bewegungen wie die Studentenbewegung der sechziger Jahre sogleich an die traditionelle gewerkschaftliche Politik heranzitieren wollte (Abendroth 1967; vgl. Negt 1985:32); ähnlich in diesem Punkt übrigens der politisch weitaus weniger orthodoxe A.R.L. Gurland aus Darmstadt, der die Aktionen und Ziele der Studentenbewegung Zeits seines Lebens nicht recht ernst nehmen konnte (Buchstein/Emig/Zimmermann 1991:38f). In einem anderen Punkt unterscheidet sich Gurland aber von seinen Kampfgefährten aus der Arbeiterbewegung. Für ihn bedeutete schon in der Weimarer Republik Bewegung immer mehr als die gute Organisation der Arbeiterklasse, sondern war das strategische Konzept der Arbeiterbewegung als einer "Kulturbewegung", die alle Aspekte des Alltags umfassen sollte (Gurland 1931). Für ihn gab es auch nach 1945 nur die eine "Bewegung", wenn er diesen Terminus verwendete: die traditionelle Arbeiterbewegung. Gurlands Kriterium dafür, ob die Sozialdemokratie weiterhin als "Bewegung" gelten könne, oder aber treffender als Volkspartei bezeichnet werden müsse, lautete, ob ihr weiterhin "die historische Rolle zufalle, eine grundsätzlich andere Ordnung des gesellschaftlichen Daseins der Menschen herbeizuführen" (Gurland 1949:265), wie er es gegen Kurt Schumacher einklagte. Gurland meinte damit zweierlei: einmal die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; zweitens die gleichsam kulturrevolutionäre Einbeziehung aller Fragen des Lebensalltags in neue Formen solidarischer Vergemeinschaftung. Wer die derart gemeinschaftlich unterfütterten Massenaktivitäten der "Bewegung" durch beispielsweise die "wachsende Usurpierung der politischen Entscheidungen durch 'pressure groups'" einenge, der "sägt den Ast ab, an dem die Demokratie im Zeitalter des Monopolkapitalismus .. hängt" (Gurland 1949:280). Zu einer "solche(n) Einengung", so Gurland, trägt die "Institutionalisierung .. demokratischer Betätigungsmöglichkeiten" (1949:280) nicht unerheblich bei. Gurlands politische Vision kommt

dem basisdemokratischen Ideal mancher Vertreter späterer Neuer Sozialer Bewegungen recht nah: "die Verlegung möglichst vieler Staatsfunktionen in die Hände von nichtberuflichen Funktionären der Selbstverwaltung, die Einschaltung von demokratisch-parlamentarischen und demokratisch-massenorganisationsmäßigen Kontrollorganen auf allen Stufen des Regierens, Verwaltens und Wirtschaftens" (1949:281).

3.

Weniger geprägt von der Arbeiterbewegung war Hannah Arendt. Arendt blieb Zeit ihres Lebens im amerikanischen Exil und kann schon aus diesem Grunde nicht zum Kern der bundesdeutschen Gründungspolitologie gerechnet werden. Sie verdient in diesem Kontext aber nicht nur deshalb Interesse, weil sie gerade in neuerer Zeit rezipiert wird, um das festgefahrene Schiff linker Demokratietheorie wieder flott zu bekommen (vgl. Rödel/Frankenber/Dubiel 1989), sondern weil sie radikaler als die Pluralisten die Funktionsweise von Parteien und Verbänden in Frage gestellt hat. Folgt man Arendt, so ist - im Unterschied zu beispielsweise Fraenkels Analyse - das Parteien- und Verbändesystem in westlichen Demokratien vollkommen verbürokratisiert und auch nicht reformfähig. Und im Unterschied zu Abendroth und Gurland setzte Arendt auch keine innovativen Erwartungen in die Arbeiterbewegung. Unverhohlen sprach sie ihre Ressentiments aus: Hundert Jahre nach Marx wisse man nun definitiv um den Trugschluß seiner Projektionen in die Soziale Bewegung namens Arbeiterklasse. Der Arbeiter werde seine "überschüssige Zeit .. niemals für etwas anderes gebrauchen als Konsumieren, und je mehr Zeit ihm gelassen wird, desto begehrt und bedrohlicher werden seine Wünsche und sein Appetit" (Arendt 1958:120).

Vor allem der Ungarn-Aufstand im Jahre 1956 war es, der Hannah Arendt neben dieser pessimistischen Sichtweise Gründe für ein optimistisches Pendant gab. Wenn spontanes politisches Handeln selbst im totalitären Ostblock möglich war, müsse doch auch in den westlichen "Konsumentendemokratien" damit zu rechnen sein. Die institutionellen Alternativen, die Arendt vorschlug, waren die in Ungarn spontan entstandenen Räte (1963:277ff). Bei aller moralischer Sympathie, die Hannah Arendt den politischen

Protestbewegungen dann auch in den sechziger Jahren entgegenbrachte - aus Sicht einer systematischen Theorie Neuer Sozialer Bewegungen erbringen ihre Überlegungen relativ wenig. Zwar zelebrierte sie geradezu den politischen Ausnahmezustand demokratischer Partizipation, den konkreten Problemen kollektiver Akteure gegenüber bewahrte sie aber zeitlebens eine gewisse philosophische Ignoranz. Zwar plädierte sie insbesondere in ihren letzten Lebensjahren für "freie Assoziationen" als Medien kritischer Öffentlichkeit (1975:166f). Die eigentlichen Probleme kollektiver Akteure und ihre Rolle im politischen System blendete sie aber größtenteils aus. Dies liegt daran, daß Arendt politisches Handeln als eine immer nur kurz aufflackernde Aktivität beschrieben hat und so selbst nicht damit rechnen konnte, daß sich neue politische Formen wie die Räte oder andere Formen freier Assoziationen innerhalb des politischen Systems etablieren (1970:83f). Am ehesten hat Ossip K. Flechthaim derartige Fragen angesprochen. In seinem 1952 in den USA veröffentlichten Buch 'Fundamentals of Political Science' (dt. Ausgabe 1958) befaßt er sich erstmals zusammenhängend mit Sozialen Bewegungen. Flechthaim gewinnt sein Verständnis von Sozialer Bewegung anhand der Gegenüberstellung mit 'Institution'. Institutionen, so Flechthaim, ließen sich dadurch definieren, daß sie "den status quo konservieren" und in aller Regel "traditionalistisch oder konservativ" seien (Flechthaim 1952:29). Der Gegentypus zu Institution ist das "sogenannte elementare oder spontane Verhalten von Gruppen". Menschen, so Flechthaim unter Berufung auf seine Kenntnis des Werkes des amerikanischen Bewegungsforschers Blumer, geraten aus Unzufriedenheit mit bestimmten institutionalisierten Politiken immer wieder "in Bewegung und suchen nach neuen Wegen und Formen. Es bilden sich Soziale Bewegungen" (1952:30). Flechthaim zufolge sind Soziale Bewegungen zunächst formlos und schlecht organisiert. In dem Maße, wie sie sich entwickeln, etablieren sie neue Normen, Traditionen, haben auch sie Arbeitsteilung und Führerschaft, werden sie "kulturelle und soziale Organisation". Die Entwicklungsdynamik Sozialer Bewegungen beschreibt Flechthaim als einen gerichteten Prozess über die Stadien soziale Unruhe, Volkerregung, Formalisierung und schließlich Institutionalisierung. So-

lange sich eine Soziale Bewegung noch im Anfangsstadium befindet, ist "sie in erster Linie durch nicht traditionale, d.h. also weitgehend emotionale oder rationale Verhaltensweise gekennzeichnet". Die beiden Möglichkeiten des Anti-Traditionalismus, Emotionalität wie Rationalität führen Flechtheim zu einer letztlich ambivalenten Bewertung Sozialer Bewegungen. Sie können zuweilen einen positiven innovativen Beitrag zur Politik leisten; sie können aber auch zur Verschärfung einer politischen Krise beitragen oder gar "zur Katastrophe" führen.

Von dieser ursprünglichen Ambivalenz in der Bewertung Sozialer Bewegungen gelangt Flechtheim seit dem Ende der fünfziger Jahre zu einer zusehends positiveren Einschätzung. Anfang der sechziger Jahre steht sein positives Urteil fest: Allein von Sozialen Bewegungen können die von ihm für notwendig erachteten Impulse für das politische System der Bundesrepublik ausgehen. Diese Datierung auf das Ende der Ära Adenauer ist deshalb nicht uninteressant, weil sie zeitgleich fällt mit Fraenkels Vorhaben, seine Neopluralismustheorie, über deren einzelnen Theoriebausteine er größtenteils seit dem Ende der Weimarer Republik verfügte, endlich systematisch auszuformulieren.

Was Flechtheim betrifft, so setzen seine eigenen Überlegungen wie die der Pluralisten an den Defiziten eines politischen Systems an, das die Willensbildung allein über die Kanäle des Parteiensystems organisiert. Doch gerät Flechtheims Kritik so grundlegend, daß er wie schon Hanna Arendt auch das System der etablierten Interessengruppen mit ins Visier nimmt. Systematisch gesehen sind es vier Punkte, an denen Flechtheim dem Parteiensystem Mängel attestiert²:

● Die moderne Massendemokratie entwickelt als neuen Typus die Volkspartei. Die Politikmuster von Volksparteien verstärken noch den gesellschaftlichen Trend dahin, daß die große Masse der Wähler entpolitisiert und manipuliert wird. Die moderne Volkspartei ist selbst eine manipulierende Partei, die den Wähler als Konsumenten behandelt. Als eine Partei, die sich ganz an den jeweiligen Wählerstimmen orientiert, kann sie nicht mehr als gesellschaftspolitische Reformpartei auftreten. Das moderne Parteiensystem, so Flechtheims erste These, verfügt über kein politisches Innovations-

potential.

● Zweitens entwickeln sich mit der Ausbildung der Volkspartei neue Formen ihrer innerparteilichen Organisation. Was die Sozialdemokraten betrifft, so seien an die Stelle der Arbeiter, die in der Partei für ihre Emanzipationsvorstellungen gekämpft hätten, Anhänger getreten, die die Partei primär als eine Art Stellenvermittlungsorgan betrachteten. Parteisoziologisch gesehen ergibt sich daraus laut Flechtheim eine innerparteiliche Bürokratisierung und Zentralisierung, die die einfachen Mitglieder entmündigt und vom innerparteilichen Willensbildungsprozeß ausschließt. Die Partei verachse auf diese Art immer mehr mit dem Staatsapparat. Entfremden sich die modernen "Maschinenparteien" zunehmend von der politischen Basis, so würden sie zugleich für den "bürokratischen Verwaltungs- und Militärstaat" umso fungibler, der sich ihrer als "Transmissionsriemern" bediene, um mit ihrer Hilfe alle Klassen in die "rüstungskapitalistische Gesellschaft" zu integrieren. Das innerparteiliche Regime, so lautet die zweite These Flechtheims, weist zunehmend autoritäre Züge auf und fördert die politische Entfremdung und Entmündigung.

● Die nachgezeichnete Entwicklung führt drittens zu einer faktischen Neubestimmung der Rolle des Parlaments in der Demokratie. Flechtheim beschreibt einen "Machtverlust der Parlamente". Das parlamentarische Regierungssystem hat einen tiefgreifenden Funktionswandel durchgemacht, indem die modernen Parteien den einzelnen Abgeordneten zu einem "Abstimmungsautomaten" degradieren. Das Parlament, so die dritte These Flechtheims, übt keine Kontrolle mehr aus, sondern sichert in erster Linie die Präponderanz und Stabilität der Exekutive zu Lasten der Legislative.

● Der vierte Vorbehalt Flechtheims gegen den demokratischen Anstrich des Parteiensystems besitzt aus Sicht der neueren Debatte um die Zukunft der Parteiendemokratie vielleicht die größte Aktualität. Flechtheim geht aus von der Phänomenbeschreibung, daß mit dem geschilderten Wandel des Parteiensystems intern "nun die Cliquen innerhalb der Parteien an Gewicht gewinnen". Dies wäre allein nicht so dramatisch, wären sie damit nicht strukturell dazu verurteilt, eine "Politik von der

Hand in den Mund (zu) betreiben". Gemeint ist die Diskontierung der Aktivitäten der Parteieliten nicht anhand der von ihnen als sachlich erforderlich angesehenen Ziele, sondern die Belohnung ihrer Orientierung an den kurzfristigen Erfolgsaussichten populistischer Stimmengewinne. Das moderne Parteiensystem verfügt über eine Gravitationskraft in Richtung systematischer Verantwortungslosigkeit gegenüber den - von Flechtheim an anderer Stellen so eindringlich beschriebenen - globalen Gefährdungen.

Nach dieser vernichtenden Diagnose nimmt es nicht Wunder, wenn Flechtheim davon ausgeht, daß für eine zukünftige Regeneration der Demokratie "von den Parteien nicht viel zu erwarten ist" (1967:40). Wie aber verhält es sich mit anderen Institutionen, insbesondere den Interessengruppen, auf die Pluralisten ihre demokratietheoretischen Hoffnungen gesetzt hatten? Flechtheim unterscheidet in seinen hier anschließenden Überlegungen zwischen zwei Typen von Interessengruppen, den Verbänden oder pressure groups einerseits und den politischen Bewegungen andererseits.

In die demokratische Leistungsfähigkeit des Verbändewesens setzt er im Unterschied zu den Pluralisten keine Erwartungen. Verbände sind Organisationen, die gebildet werden, um ein partikulares politisches Ziel, in der Regel ein ausgesprochenes Spezialinteresse, zu verfolgen, wobei sie für sich ein günstiges Meinungsklima schaffen und ihre Politik einer oder mehreren Parteien aufzwingen wollen. Typisch für eine pressure group ist gerade diese "Begrenztheit ihrer Ziele" (1962b:73). Aufgrund dieser Begrenztheit - und hier ist die Differenz zu Fraenkel deutlich zu erkennen, der aus der Resultante der einzelnen Partikularinteressen das Gemeinwohl hervorgehen sieht - ist das Verbändesystem wie schon das Parteiensystem konstitutiv unfähig, auf politische Probleme adäquat zu reagieren: "es liegt in der Natur der Sache, daß deren Orientierung zum Teil noch kurzfristiger und begrenzter ist, als die der Parteien. Sie sind daher kaum geeignet, als Vehikel des Wandels und der Erneuerung unserer Gesellschaft zu operieren" (1962c:11).

Gerade weil die Verbände immer nur Spezialinteressen artikulieren, rinnt dem Verbändesystem das allgemeine Interesse geradezu systematisch durch die

Hände. Das Gemeinwohl - die theoretische Problematik des Konzepts allgemeiner Interessen diskutiert Flechtheim nicht - ist in Flechtheims Sichtweise mehr als die empirische Resultante der diversen Einzelinteressen und läßt sich wissenschaftlich ermitteln. Insbesondere gilt dies für die globalen Gefährdungen der Menschheit und die dagegen zu vollziehenden politischen Maßnahmen. Statt ein solches Gemeinwohl zu konstituieren, bilden die Verbände ein "monopolistisch-bürokratisches Zwangssystem". Sie tragen so nicht nur nicht zu einer Problemlösung, sondern nicht einmal zur Demokratisierung der Gesellschaft bei. Genau wie die Parteien entmündigen sie den Bürger. Flechtheim kritisiert den pluralismustheoretischen Ansatz Fraenkels und bringt dabei ein Argument gegen die Pluralismustheorie vor, das später als Asymmetriethese bei Claus Offe Karriere machte: "Die Protagonisten des Pluralismus," so Flechtheims Einwand, übersähen, "daß Machtpositionen und Einfluß der unterschiedlichen Klassen, Gruppen und Lager sehr unterschiedlich sind. Wie unvergleichlich viel stärker ist doch das Gewicht der Manager der Monopole und Oligopole, der militärischen und zivilen 'Establishments'" (1963c:233). Flechtheim greift bei seinem Vorschlag zur Realisierung des klassischen Demokratiepostulats wie zur Lösung der geschilderten Kompetenzdefizite bei globalen Problemen auf die Sozialen Bewegungen als Alternative zurück. Er beruft sich dabei nun nicht allein auf Blumer, sondern bezieht sich nun auch auf Heberle. Während sich die pressure groups mit ihrer beschränkten und partikularen Zielsetzung begnügen, hat die politische Bewegung laut Flechtheim qua definitionem umfassende Zielsetzungen: "Die eigentlichen Massenbewegungen erscheinen . . . als im wesentlichen umfassend, dynamisch, vorwärtsgerichtet und radikal" (1962b:74). Sie sind darauf aus, die gegebenen Strukturprinzipien der Gesellschaft zu sprengen oder doch mindestens erheblich zu modifizieren. Flechtheim verwendet für ihre Aktivitäten und Initiativen Harold Laskis Formulierung der "revolution by consent" (1957:255). Als Beispiel für politische Bewegungen nennt er nationale Befreiungsbewegungen, soziale Klassenbewegungen wie die Arbeiterbewegung oder auch die Anti-Atom-Bewegung der fünfziger Jahre. Politische Bewegungen fungieren nicht einfach nur als 'Salz in der

pluralistischen Suppe', sondern verfügen als einzige institutionelle Träger der Demokratie über wirklich innovative Funktion. Die Unruhe der außerparlamentarischen und überparteilichen Bewegungen ersetzt die originäre Parlamentsfunktion der Herausfilterung, Artikulation und Durchsetzung allgemeiner Interessen, da die Parteien im Spätkapitalismus zu einem Teil des Staatsapparates geworden sind.

Mit einem definitiven Trick gelingt es Flechtheim, das Prädikat 'Bewegung' ausschließlich für ihm politisch sympathische Akteure zu reservieren. Man dürfe nicht von einer konservativen Bewegung oder einer Unternehmer-Bewegung sprechen, denn "die Übertragung des Begriffs 'Bewegung' auf eine im wesentlichen konservative, ein begrenztes Ziel verfolgende und durchorganisierte Gruppe stiftet ja nur Verwirrung" (1962b:74). Hier passe der Begriff der pressure group besser. Flechtheim zufolge gehört es zur Funktion politischer Bewegungen, auch das asymmetrische Kräftespiel des Verbändepluralismus zu korrigieren. In einem rein pluralistischen System ist kein Platz für revolutionäre, pazifistische oder andere unabhängige Gruppen, und sie ernsten seitens der Pluralisten ein aus deren Sicht berechtigtes Mißtrauen. Ganz anders sieht Flechtheim die positive Funktion der Bewegungen in deren aktivierendem, reformierendem und sozialrevolutionärem Einwirken auf die bestehende gesellschaftspolitische Struktur. Im Unterschied zu Fraenkel, der in seiner Verbändetheorie immer mit der Souveränitätsfrage zu kämpfen hatte und in der Anerkennung der staatlichen Souveränitätsdoktrin eine wichtige Differenz des Neopluralismus zum frühen Pluralismus Harold Laskis gesehen hatte, lehnt Flechtheim die staatliche Souveränität ab: "wie der Krieg gehört auch die 'Souveränität' einer Welt der Vergangenheit des Militär- und Verwaltungsstaates an".

Zu den politischen Aktionsformen, zu denen Flechtheim den politischen Bewegungen rät, ja sie geradezu aufruft, gehören alle Spielarten des zivilen Ungehorsams (vgl. ausführlich: 1963a). Flechtheim stellt schließlich auch die bisherige Rolle des Parlaments in Frage, wenn er im Jahre 1962 dessen Alleinvertretungsanspruch zur Beschließung des politischen Willens bestreitet und dafür plädiert, daß sich alle "fortschrittlichen" Gruppen und Organisationen zu gemeinsamen Aktionen zusammenschließen sollen und

bei Wahrung ihrer organisatorischen Selbständigkeit miteinander nicht nur Fühlung aufnehmen, sondern als Gegeninstitution zum Parlament ein "Kontaktzentrum als clearing house" konstituieren sollen (1962c:12).

Inwieweit Flechtheims Überlegungen tragen, soll hier nicht diskutiert werden - auch wenn ich nicht verhehlen möchte, daß ich seinen generellen demokratietheoretischen Rahmen für wenig überzeugend halte. Unbestreitbar aber ist, daß in seinen Arbeiten bezogen auf die Thematisierung Neuer Sozialer Bewegungen Probleme angesprochen sind, die erst allmählich wieder in das Zentrum des Fachinteresses rücken. Genannt sei nur das in der Bewegungsforschung seit Ende der achtziger Jahre diskutierte Verhältnis von Sozialer Bewegungen zu politischen Parteien und Interessengruppen, bezüglich dessen Flechtheim bereits vor dreißig Jahren einen alle drei Formen jeweils spezifisch zu berücksichtigenden Ansatz vertrat (1962b:73ff). Bei aller möglichen Kritik - innerhalb der bundesdeutschen Gründungspolitologie kann Flechtheim noch am ehesten als 'Urahn' der heutigen politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit Neuen Sozialen Bewegungen gelten.

Hubertus Buchstein, arbeitet als Hochschulassistent am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin.

Anmerkungen

¹ Vgl. zum Werk Stammers ausführlicher: *Buchstein* 1992:291-322.

² Vgl. zu Flechtheims Parteienkritik vor allem: *Flechtheim* 1962a, 1963a und 1967.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang* 1967: Zum Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen der spätkapitalistischen Gesellschaft. In: *Das Argument* 9, 408-413.
- Arendt, Hannah* 1958: *Vita Activa*. München 1989.
- Arendt, Hannah* 1963: *Über die Revolution*. München 1986.
- Arendt, Hannah* 1970: *Macht und Gewalt*. München 1987.
- Arendt, Hannah* 1975: 200 Jahre Amerikanische Revolution. In: *Dies.: Zur Zeit*. München 1989, 161-177.

Buchstein, Hubertus/Emig, Dieter/Zimmermann, Rüdiger 1991: Biographische Einleitung. In: *A.R.L. Gurland: Sozialdemokratische Kampfpositionen 1925-53*. Baden-Baden, 11-45.

Buchstein, Hubertus 1992: Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin. Baden-Baden.

Eschenburg, Theodor 1955: *Herrschaft der Verbände?* Stuttgart.

Flechtheim, Ossip K. 1952: *Grundlegung der Politischen Wissenschaft*. Meisenheim am Glan 1958.

Flechtheim, Ossip K. 1957: Artikel: *Revolution*. In: *Bracher/Fraenkel* (Hg) *Staat und Politik*. Frankfurt/M. 1957, 252-255.

Flechtheim, Ossip K. 1962a: Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik. In: *Zeitschrift für Politik* 9, 97-110.

Flechtheim, Ossip K. 1962b: Parteien, Bewegungen, Pressure Groups. In: *Ders.: Zeitgeschichte und Zukunftspolitik*. Hamburg 1974, 59-78.

Flechtheim, Ossip K. 1962c: Staatsparteien und freie politische Gruppen. In: *Der Politologe*. Heft 11, 10-12.

Flechtheim, Ossip K. 1963a: Die Politik der Gewalt und der Gewaltlosigkeit. In: *Ders., Eine Welt oder keine?* Frankfurt/M. 1964, 135-150.

Flechtheim, Ossip K. 1963b: Das Dilemma der Demokratie. In: *Ders., Eine Welt oder keine?* Frankfurt/M. 1964, 109-122.

Flechtheim, Ossip K. 1967: Westdeutschland am Wendepunkt. In: *Ders., Zeitgeschichte und Zukunftspolitik*. Hamburg 1974, 142-155.

Fraenkel, Ernst 1944: Die künftige Organisation der deutschen Arbeiterbewegung. In: *Ders., Reformismus und Pluralismus*. Hamburg 1973, 283-303.

Fraenkel, Ernst 1958: Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat. In: *Ders., Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1979, 113-151.

Fraenkel, Ernst 1960: Deutschland und die westlichen Demokratien. In: *Ders., Deutschland und die westlichen Demokratien*. Stuttgart 1979, 32-47.

Fraenkel, Ernst 1964: Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung. In: *Ders., Deutschland und die westlichen Demokratien*. Stuttgart 1979, 48-79.

Fraenkel, Ernst 1967: *Universitas litterarum und pluralistische Demokratie*. In: *Ders., Reformismus und Pluralismus*. Hamburg 1973, 354-368.

Göhler, Gerhard 1986: Vom Sozialismus zum Pluralismus. Politiktheorie und Emigrationserfahrung bei Ernst Fraenkel. In: *Politische Vierteljahresschrift* 27, 6-27.

Gurland, A. R. L. 1931: *Das Heute der proletarischen Revolution*. Leipzig.

Gurland, A.R.L. 1949: Sozialdemokratie und Grundgesetz - Ein Brief an Kurt Schumacher. In: *Ders., Sozialdemokratische Kampfpositionen 1925-53*. Baden-Baden 1991, 261-298.

Negt, Oskar 1985: W. Abendroth - Sozialist in dürftiger Zeit. In: *Sozialismus* 10/1985, 30-33

Nullmeier, Frank/Raschke/Joachim 1989: *Soziale Bewegungen*. In: *Bandemer, S./Wewer, G.* (Hg): *Regierungssystem und Regierungslehre*. Opladen, 249-272.

Rödel, Ulrich/ Dubiel, Helmut/ Frankenberg, Günter 1989: Die demokratische Frage. Frankfurt/M.

Stammer, Otto 1953: Die politische Verantwortung von Unternehmern und Gewerkschaften. In: *Ders.: Politische Soziologie und Demokratieforschung*. Berlin 1965, 91-104.

Stammer, Otto 1955a: Gesellschaftsstruktur und Organisationswirklichkeit der Verbände. In: *Ders., Politische Soziologie und Demokratieforschung*. Berlin 1965, 105-115.

Stammer, Otto 1955b: Organisationswirklichkeit und Verbandsgeschehen. In: *Die Neue Gesellschaft* 2, 47-50.

Stammer, Otto 1955c: Politische Soziologie. In: *A. Gehlen/ H. Schelsky* (Hg): *Soziologie - Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde*. Düsseldorf/Köln, 277-333.

Stammer, Otto 1956: Gesellschaft und Politik. In: *W. Ziegenfuß* (Hg): *Handbuch der Soziologie*. Stuttgart, 531-611.

Stammer, Otto 1957: Interessenverbände und politische Parteien. In: *Ders., Politische Soziologie und Demokratieforschung*. Berlin 1965, 116-136.